

Pressemitteilung

"Ziele im Wohnungsbau nicht mehr zu schaffen!" Deutlich weniger Baugenehmigungen im Juli in Hessen

Wiesbaden, 14.09.2022

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

In Hessen sind die Baugenehmigungen für neue Wohngebäude im Juli 2022 im Vergleich zum Juli 2021 um 18,9 Prozent gesunken: 548 Genehmigungen wurden erteilt. Das waren auch 50 weniger als im Juni 2022 und sogar 192 weniger als im Mai 2022. Das geht aus dem heute veröffentlichten Bericht des Statistischen Landesamtes hervor. "Besonders der Wohnungsbau leidet unter den gestiegenen Preisen und Zinsen. Und Bauen wird in diesem Jahr, so schätzen die Wirtschaftsinstitute, 20 Prozent teurer. Im Schlüsselfertigbau gibt es Lieferschwierigkeiten bei digitalen Bauteilen", kommentiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen: "Eine weitere Baupreissteigerung 2023 ist keineswegs auszuschließen. Zement könnte bis zu 40 Prozent teurer werden. Entscheidende Kosten-Treiber sind Strom, Kohle, Gas und Diesel, die den Bau selbst und die Logistik belasten, vor allem die Kosten für unserer Vorlieferanten in die Höhe treiben. Darüber hinaus erwarten wir eine zusätzliche Belastung der Transportkosten durch die Mautanpassung ab Januar 2023. Und im privaten Wohnungsbau ist die Krise besonders sichtbar, weil der Staat die schlimmsten Mehrbelastungen hier nicht über Preisgleitklauseln abfängt. Auch die großen Wohnungsbaugesellschaften investieren deutlich weniger. Wir werden in diesem Jahr die Ziele im Wohnungsbau

nicht schaffen. Die Politik muss im Wohnungsbau dennoch und gerade jetzt weiter an ihren Vorhaben festhalten und alles dafür tun, dass weiter investiert wird. Sehr hilfreich wären schnellere Genehmigungsverfahren, eine schlankere Baubürokratie und eine Änderung der Vergabekriterien. Die Bauzeit sollte in der Vergabe genauso berücksichtigt werden wie der Preis."